

PUG hakt nach: Unabhängige möchten Klarheit über Boardinghäuser und Hotelausbau am Steimker Berg

In einer Anfrage an den Rat der Stadt Wolfsburg greift die PUG-Fraktion das Thema Boardinghäuser und Hotelausbau am Steimker Berg auf. „Die Vorstellungen der Verwaltung, des Hotelbetreibers und der Anwohner über die künftige Ausrichtung des Wohngebietes am Steimker Berg, z.B. durch einen neuen B-Plan, scheinen sehr unterschiedlich zu sein“, erklärt PUG-Fraktionssprecherin Sandra Straube und unterstreicht: „Die Nutzung der Wohnungen und die Erweiterung des Hotels stehen augenscheinlich nicht im Einklang mit dem bestehenden Bebauungsplan.“

„Die Verwaltung führt seit längerem Gespräche mit allen Beteiligten, ohne dabei nennenswerte Fortschritte zu erzielen. Wir möchten nun Klarheit über die aus unserer Sicht wichtigsten Fragen zu der mittlerweile zerfahrenen Situation bekommen und haben in Konsequenz die Ratsanfrage formuliert“, so Straube.

In der Ratsanfrage selbst möchten die Unabhängigen wissen, warum die Stadt nicht gegen das Vermieten von Wohnungen als Hotelzimmer am Steimker Berg aktiv geworden ist, obwohl sie seit längerem Kenntnis von dem laut Angabe der Stadt unzulässigen Geschäftsmodell des Parkhotels Steimker Berg hatte und auch in einer Unterschriftenaktion von der mehrheitlichen Ablehnung dieses Vorgehens seitens der Bürger in Kenntnis gesetzt worden war?

Zudem hinterfragt die PUG, warum die Stadtverwaltung die Änderung des B-Plans Steimker Berg ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt vom Ortsrat und Rat beschließen lassen möchte, obwohl es ein laufendes Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig gegen die Stadt Wolfsburg und den Betreiber des Parkhotels gibt und nicht zuerst den Ausgang des Verfahrens abwartet?

Die Bürger sowie die Beiratsmitglieder Steimker Berg und die Bürgerinitiative befürchten durch eine weitere Parkhotelerweiterung und die zunehmende Nutzung als Tagungshotel einen nicht zumut- und hinnehmbaren Anstieg des Verkehrs. Die Fraktion der PUG möchte hier erfahren, wieso die Verwaltung nicht vor Auslegung des B-Plans eine Verträglichkeitsstudie anfertigen lässt?

„Diese Fragen bleiben bislang unbeantwortet, sind jedoch nach Auffassung der PUG-Fraktion von zentraler Bedeutung für den Fortgang der Gespräche zwischen den Akteuren“, betont Straube.